

Recht und Interessen bei der Ausgestaltung digitalen Zentralbankgelds*

Von Roland Broemel

Die Ausgabe einer hoheitlichen Währung, zumal mit dem Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels,¹ ist als Ausdruck staatlicher Souveranitat² unter anderem an die Kompetenzordnung gebunden.³ Dieser Konnex zwischen rechtlicher Anerkennung und der Nutzung einer Währung ist bei den von privater Seite als „Währung“ ausgegebenen digitalen Einheiten zumindest nicht selbstverständlich, auch wenn jedenfalls digitale Einheiten, die im Rechtsverkehr mit zivilrechtlichen Regelungen verknüpft werden sollen, auf die eine oder andere Weise eine Form der rechtlichen Anerkennung voraussetzen (I.). Dabei stehen die rechtlichen Kompetenzen zur Ausgabe hoheitlicher Währungen in einem wechselbezuglichen Verhältnis zu den Interessen der betroffenen Akteure. Die Ausgabe und Ausgestaltung hoheitlicher – digitaler wie physischer – Währungen wirkt sich in verschiedener Weise auf die Interessen der beteiligten Akteure, insbesondere der Kreditinstitute sowie der Nutzerinnen und Nutzer, aus. Diese strukturellen Effekte für die Positionen und Interessen der Betroffenen stehen im Zentrum der konzeptionellen Forschung von Zentralbanken zu den Optionen der Ausgestaltung digitaler hoheitlicher Währungen (*Central Bank Digital Currencies*) (II.). Sie prägen die unterschiedlichen Optionen zur Ausgestaltung eines digitalen Euro (III.). Diese Beschreibung und Bewertung der Interessen einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Effekte und Akzeptanz der Währung geht in die Konkretisierung der Kompetenzen der Europäischen Zentralbank ein. Deren Zuständigkeit zur Genehmigung der Ausgabe von Euro-Banknoten bezog sich jedenfalls ursprünglich ausschließlich auf die Ausgabe physischer Scheine. Ob und gegebenenfalls mit welchen Einschränkungen die Zuständigkeit auch die Ausgabe virtueller Währungen umfasst, hängt wesentlich von der Verarbeitung der Interessen bei der dynamischen Auslegung des Kompetenztitels ab (IV.).

* Roland Broemel, Goethe-Universität Frankfurt am Main, ist Mitglied in der Projektgruppe „KI & Finance – Innovation, Resilienz und Verantwortung“ des Zentrums verantwortungsbeusste Digitalisierung (ZEVEDI).

¹ Für den Euro Art. 128 Abs. 1 S. 3 AEUV.

² Zugleich zählt die Ausgabe von Währungen mit dem Status als gesetzliches Zahlungsmittel zu den Kernaufgaben von Notenbanken, *Siekmann*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz – Kommentar, 9. Auflage, 2021, Art. 88 GG Rn. 20 und 22.

³ Zum deutschen Verfassungsrecht *Siekmann* (wie Fn. 2); zum Unionsrecht *Hade*, in: Calliess/Ruffert (Hrsg.), EUV/AEUV – Kommentar, 6. Auflage, 2022, Art. 128 AEUV Rn. 5.